NI = 1. Nachtrag
Stand: 07.11.2022

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

An die
Mitglieder
des Kreistages

Gummersbach, den 07.11.2022

E I N L A D U N G
K R E I S T A G

KT/012/2020-2025

für Donnerstag, 10.11.2022, 16:00 Uhr

in der Sporthalle Reininghauser Straße, Reininghauser Str. 34, 51643 Gummersbach

Tagesordnung

lfd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1.	Einwohnerfragen	
2.	Zentralisierung der Kreisverwaltung; hier: Hintergrundinformationen über den bisherigen Beratungsverlauf und die im Verfahren gewonnenen Erkenntnisse	0725/20-25/LR/KD
3.	Anträge	
NI 3.1.	**Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Kreistagsgruppe DIE LINKE vom 06.11.2022 "Grundsatzbeschluss Kreishausanbau"**	**0751/20-25/IV**
4.	Anfragen	
5.	Mitteilungen	
B Nichtöffentlicher Teil		
6.	Vergaben	

6.1.	Zentralisierung der Verwaltung; hier: Vergabe der Planungsleistungen Hochbau	0672/20-25/IV
7.	Anträge	
8.	Anfragen	
9.	Mitteilungen	

Bei Verhinderung bitte umgehend Herrn Goße –**02261/88 1216**– informieren.
Parkmöglichkeiten bestehen auf den Parkflächen hinter dem Kreishaus sowie in der Rathaus-Tiefgarage am Rathausplatz. Parkkarten können beim Schriftführer in Ausfahrtkarten getauscht werden.

Die gesamten Unterlagen des öffentlichen Teils der Sitzung können Sie auch über das Internet unter http://session.obk.de/bi abrufen. Sollten Sie über einen Zugang zum Kreistagsinformationssystem verfügen, können Sie auch den nichtöffentlichen Teil unter http://session.obk.de/ri einsehen.

gez.
Jochen Hagt
- Landrat -

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Antrag
Kreistag

Sitzungsdatum: 10.11.2022

Vorlage Nr.: 0751/20-25/IV

Tagesordnungspunkt	**3.1**	- öffentlich -
Betreff: **Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Kreistagsgruppe DIE LINKE vom 06.11.2022 "Grundsatzbeschluss Kreishausanbau"**		

Sehr geehrter Herr Landrat!

Auf dem Kreishausareal besteht ein erheblicher Bedarf hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verwaltungsabläufe und des energetischen Profils der Kreisliegenschaften. Zugleich erkennt der Kreistag die Folgen der Coronapandemie und des Ukrainekrieges an: die finanzielle Situation der oberbergischen Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger ist äußerst angespannt. Die Belange des Kreises und der Kommunen sind daher in Einklang zu bringen: Es darf nur das Notwendige gebaut werden, das jedoch so effizient und nachhaltig wie möglich.

Vor diesem Hintergrund fasst der Kreistag folgenden Grundsatzbeschluss zum Kreishausanbau:

1. Die Vergabe der Architektenleistungen im Wettbewerbsverfahren erfolgt unter der Bedingung, dass die zu erstellende Bürofläche von den geplanten 9200 m² auf 6000 m² begrenzt wird, und zwar durch eine dauerhafte Teilrealisierung des Gesamtvorhabens i.S. der Bauunterabschnitte 1 (Abschnitt entlang der Moltkestraße) und 2 (Abschnitt, der die alten Kreishausanbauten der 30er und 50er Jahre sowie die Mensa ersetzt).
   Ein alternatives Parkkonzept wird erstellt, dass den obigen Bedingungen Rechnung trägt. Eine Tiefgarage wird nicht realisiert, wie es die Verwaltung bereits dargestellt hat.

2. Die Kreisleitstelle verbleibt in Kotthausen und wird dort entsprechend den Anforderungen ausgebaut. Diese Investition ist nicht der Kreishaus-

erweiterung zuzurechnen, da sie anteilig gebührenfinanziert ist. Allein hierdurch verringert sich der Flächenbedarf auf dem Kreishausareal um ca. 2000 m².

3. Die Architektenleistungen sollen auf die Realisierung hitzeresilienter Gebäudestrukturen (Dach, Fassadengestaltung, Gebäudeausrichtung und Fenster) ausgerichtet sein, um Mitarbeiter:innen am Arbeitsplatz zu schützen und klimaschädliche aktive Kühlmaßnahmen überflüssig zu machen. Die Architektenleistungen sollen ebenfalls den Einsatz klimafreundlicher und emissionsreduzierter Bauweisen und -materialien darstellen.

4. Ein externes Büro wird damit beauftragt, hinsichtlich von Home-Office und Desksharing die tatsächlichen Potenziale der Kreisverwaltung sowie ihrer Auswirkungen auf den zukünftigen Büroflächenbedarf zu ermitteln. Die Kreisverwaltung erstellt ein Konzept, welche Ämter vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Verwaltung (digitale Akten, vernetztes Arbeiten, weniger Bürgerkontakte usw.) dezentral verbleiben können, ohne die Arbeit der Verwaltung und die Bürgerfreundlichkeit gegenüber dem Status Quo zu verringern.

Über die Reduzierung der Programmfläche hinaus wird der Entwurf gegenüber den bisherigen Planungen nochmals mit dem Ziel einer Kostensenkung überarbeitet.

Weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.	gez.	gez.
Sven Lichtmann	Henrik Köstering	Jan Köstering
Fraktionsvorsitzender	Fraktionssprecher	Gruppenvorsitzender